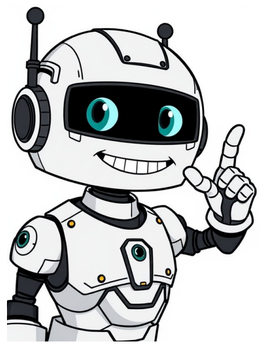
I'm not a bot



Was bedeutet eine Definition? (onephoto stock.adobe.com) Eine Definition [lat. definitus bestimmt, definitio Festsetzung, Erluterung] ist eine genaue Bestimmung eines Begriffes durch Auseinanderlegung und Erklrung seines Inhalts. In Gesprchen stt man mitunter auf Begriffe, die der Gesprchspartner nicht kennt oder nicht versteht. Man wird dann gefragt: Was meinst du denn damit? Wie soll ich das verstehen? Erklre das mal genauer! Solche Fragen veranlassen dazu, eine Definition des bis dahin Unklaren, Unverstndlichen zu geben. Eine Definition entsteht also aus dem Streben nach Klarheit beim Verwenden von Begriffen. Sie hilft jedem, sich kurz und sachlich einwandfrei auszudrcken. Soll eine Definition genau sein, so ist dies an eine Voraussetzung gebunden. Der Definierende muss die wesentlichen (invarianten) Merkmale der Dinge und Erscheinungen kennen. Er muss auch ber die Beziehungen Bescheid wissen, in denen ein Gegenstand zu einem anderen steht (Abgrenzung/Unterscheidung, Vergleich). Schlielich braucht er Kenntnisse ber die Struktur einer Definition und den Weg, wie man zu einer Definition gelangt. Wenn das nur unzureichend der Fall ist, entstehen zunchst definitionshnliche Gebilde, z. B.: Zu den Sugetieren gehren Affen, Hunde, Katzen, Huftiere und Fledermuse. Die eigentliche Definition hat eine bestimmte Struktur, welche als Gleichung ausgedrckt wird: Definiendum = Definiens Ausdruck, der definiert werden soll Definitionsteil, durch den dasDefiniendum festgelegt werden soll z. B. Sugetiere sind Wirbeltiere, deren Junge ber Milchdrsen ernhrt werden. Es gibt verschiedene Arten von Definitionen. Die exakten Definitionen gliedern sich in Realdefinitionen (s. u.) und Nominaldefinitionen. Bei letzteren geht es um die Bedeutung eines Begriffes. Hierher gehren die Feststellungs- (Festsetzungs-) Definitionen. Sie geben an, was man in einem Fachgebiet, Wissenschaftszweig oder in der Alltagssprache unter einem Begriff zu verstehen hat. Hufig hat ja ein und derselbe Terminus verschiedene Bedeutungen. Eine Feststellungs-Definition entsteht also durch Konsens. Denken wir z. B. an die verschiedene Verwendung des Begriffes Baum: In der Botanik verholzte Pflanze mit Stamm, Lebensbaum (biotische Art, Bevlkerungsdarstellung), Kabelbaum (Elektroinstallation), Stammbaum (Phylogenie, Zchtung), Hebebaum (Lastentransport), Mastbaum (Segelschifffahrt). Eine Feststellungs-Definition lautet z. B.: Eine Arterie ist ein Blutgef, in der das Blut vom Herzen weg transportiert wird. In definitionshnlichen Gebilden ist die Struktur einer Definition nicht genau erkennbar. Sie stellen meist Vorstufen von exakten Definitionen dar und bringen u. a. einen bestimmten Erkenntnisstand ber das Definiendum zu Ausdruck. So finden wir z. B. zum Begriff Geschichte: Zeitlicher Ablauf des Geschehens, das die Wirklichkeit ausmacht, der Entwicklungsprozess der menschlichen Gesellschaft als ganzer oder ihrer Individuen, ihrer konomischen, politischen, ideologischen, sozialen und kulturellen Ausformung, dann auch die wissenschaftliche Disziplin, die diesen Prozess erforscht. (Meyers kleines Lexikon Philosophie). Eine Definition ist also erstens eine Aussage, welche feststellt, was ein Objekt ist oder/und wie es entsteht; zweitens eine Regel, die festlegt, wie ein sprachliches Zeichen gebraucht werden soll, drittens eine Aussage bzw. eine Regel, die feststellt oder festsetzt, was ein sprachliches Zeichen bedeutet oder bedeuten soll. Fr eine klare und genaue Verstndigung hat die Realdefinition besondere Bedeutung. Sie besitzt folgende Struktur: Definiendum = Definiens Artbegriff Gattungsbegriff + artbildende(r)Unterschied(e) Beispiele: Die Fotosynthese ist eine Form der autotrophen Assimilation bei der der Aufbau von Kohlenhydraten aus Kohlenstoffdioxid und Wasser unter Zufuhr von Lichtenergie mit Hilfe des Chlorophylls erfolgt. Dabei wird Sauerstoff abgegeben. Die Vernunft ist ein Merkmal, das Vermgen des Menschen, die Welt vermittels geistiger Ttigkeit in ihren Zusammenhngen, Gesetzmigkeiten und Widersprchen, also in ihrer Totalitt zu erfassen und im Denken widerzuspiegeln. Definieren als geistige Ttigkeit Das Aufstellen einer Definition geschieht durch Definieren. Das Definieren ist eine produktive geistige Ttigkeit, in deren Verlauf der Definierende den zu definierenden Begriff mit Hilfe einer Definition eindeutig bestimmt. Das Definieren ist nicht immer einfach und man kann dabei Fehler machen. Diese fhren dann zu unvollstndigen, fehlerhaften Definitionen. Eine Definition ist nur dann richtig, wenn sie bestimmten Regeln der Logik entspricht. Erstens: Die Definition muss in ihren beiden Grundbestandteilen umfangsgleich sein. Gegebene Begriffe drfen nicht erweitert oder verengt werden. Die Definition Sugetiere sind Wirbeltiere, die ihre Jungen an Milchdrsen ernhren und einen Schwanz besitzen ist eine unzulssige Begriffsverengung, da alle schwanzlosen Sugetiere ausgeschlossen werden. Gleichermaen falsch ist die Definition Sugetiere sind Wirbeltiere mit vier Beinen, deren Junge an Milchdrsen ernhrt werden. Hier erfolgte eine Begriffserweiterung, da nicht alle vierbeinigen Wirbeltiere zu den Sugetieren gehren. Zweitens: Die Definition muss den zu definierenden Begriff dem nchsthheren Gattungsbegriff zuordnen. So ist die Definition Sugetiere sind Tiere, ... zwar sachlich richtig, aber unexakt, da in der biosystematischen Klassifikation Wirbeltiere als nchsthherer Gattungsbegriff in Frage kommt. Drittens darf die Definition keinen Zirkel, keine Tautologie enthalten. D. h. ein Begriff kann nicht durch sich selbst definiert werden, z. B. Sugetiere sind Wirbeltiere, die ihre Jungen sugen. Viertens darf die Definition nicht negativ sein. Es ntzt keinem etwas, wenn Aussagen darber getroffen werden, was ein Begriff alles nicht ist: Sugetiere sind Wirbeltiere, die keine Eier legen, ... deren Haut nicht von Federn oder Schuppen bedeckt ist. Da eine Definition Klarheit ber einen Begriff bringen soll, ist sie eng mit der Erklrung verbunden. Definitionen haben deshalb oft erklrenden Charakter. Literatur: Heinzel, I. ; F. Schubert: Das Definieren. In: Wiss. Ztschr. F.-Schiller-Univ. Jena. Math.-Naturwiss. R. 18(1969)3. Meyers kleines Lexikon Philosophie. Mannheim ; Wien ; Zrich : Bibliogr. Institut, 1987. Segeth, W.: Elementare Logik. Berlin : VEB Dt. Verlag der Wissenschaften, 1966. Autor: Jan Bretschneider,Quelle: Erstverffentlichung im Lexikon freien Denkens, Angelika Lenz Verlag 2000 Hufige Fragen zum Begriff der Definition Hier sind einige der hufigsten Fragen von unseren Lesern zum Begriff "Definition" und die Antworten: Was ist eine Definition? Eine Definition ist eine Erklrung oder Beschreibung eines Begriffs, einer Idee oder eines Konzepts, die es anderen ermglicht, dessen Bedeutung zu verstehen. Eine Definition kann in unterschiedlichen Formen vorliegen, wie zum Beispiel als Definitionswrterbucheintrag, als Beschreibung in einem Text oder als Erklrung durch eine Person. Wofr werden Definitionen verwendet? Definitionen werden in vielen Bereichen verwendet, um sicherzustellen, dass alle Beteiligten dasselbe Verstndnis von Begriffen oder Konzepten haben. Sie sind auch ntzlich, um Missverstndnisse zu vermeiden und die Kommunikation zwischen Menschen zu erleichtern. Wie werden Definitionen erstellt? Eine Definition kann auf verschiedene Weise erstellt werden, je nachdem, welches Konzept oder welcher Begriff definiert wird und welcher Zweck damit verfolgt wird. Eine gngige Methode zur Erstellung von Definitionen ist die Verwendung von Merkmalen oder Eigenschaften, die den Begriff kennzeichnen. So kann beispielsweise eine Definition des Begriffs "Katze" lauten: "Eine Katze ist ein vierbeiniges Sugetier mit Fell, das als Haustier gehalten wird und oft unabhngig und eigenwillig ist." Wie werden Definitionen verwendet, um Wrter oder Begriffe zu verstehen? Um ein Wort oder einen Begriff zu verstehen, ist es oft hilfreich, sich auf eine Definition zu beziehen. Die Definition gibt Aufschluss darber, welche Merkmale oder Eigenschaften der Begriff aufweist und welche Bedeutung er hat. Indem man die Definition mit anderen Informationen, die man ber den Begriff hat, abgleicht, kann man ein besseres Verstndnis des Begriffs erlangen. Was ist der Unterschied zwischen einer deskriptiven und einer prskriptiven Definition? Eine deskriptive Definition beschreibt, wie ein Begriff tatschlich verwendet wird, whrend eine prskriptive Definition beschreibt, wie der Begriff verwendet werden sollte. Eine deskriptive Definition kann auf natrliche Weise entstehen, indem man die Verwendung eines Begriffs in der Praxis beobachtet und beschreibt, whrend eine prskriptive Definition hufig durch eine Autoritt wie ein Wrterbuch oder eine Institution festgelegt wird. Insgesamt dienen Definitionen als wichtige Grundlage fr eine klare und effektive Kommunikation, sei es in der Alltagssprache oder in Fachgebieten. Indem wir eine klare Definition fr einen Begriff haben, knnen wir sicherstellen, dass alle Beteiligten dasselbe Verstndnis haben und Missverstndnisse vermeiden. Assessor (photobyphotoboy - AdobeStock) Die Bezeichnung Assessor wird in Deutschland in verschiedenen Berufen verwendet und verweist dort auf das erfolgreiche Absolvieren bestimmter staatlicher Prfungen (zum Beispiel bei Juristen) oder auf eine Ttigkeit als Beamter auf Probe. Die grten Gruppen bilden die Gymnasiallehrer und Juristen. In Deutschland wird der Begriff Assessor zur Beschreibung einer bestimmten Dienst- oder Berufsbezeichnung verwendet. Die vom lateinischen assessor beziehungsweise adsessor (Beisitzer; Gehilfe) abgeleitete Bezeichnung darf in verschiedenen Berufen gefhrt werden, wenn der Berufsangehrige ein Hochschulstudium durchlaufen hat; die erste Staatsprfung (Staatsexamen) oder die Groe Staatsprfung fr den hheren Dienst absolviert hat; den staatlichen Vorbereitungsdienst (Referendariat) durchlaufen hat; und die zweite Staatsprfung (Staatsexamen) abgelegt hat. Als Dienstbezeichnung wird der Assessorentitel oftmals mit einem weiteren Zusatz zur Spezifikation des Fachbereichs oder (bei Beamten) der Laufbahn kombiniert, darunter zum Beispiel: Rechtsassessor beziehungsweise Assessor des Rechts (Ass. jur. / iur., siehe Details unten); Assessor des Lehramts (siehe Details unten); Bergassessor; Regierungsassessor; Die in Deutschland zahlenmig grten Berufsgruppen, in denen der Titel Assessor Verwendung findet, sind Juristen und Gymnasiallehrer. In Deutschland fhren auch Beamte des hheren Dienstes whrend ihrer Probezeit den Titel Assessor als Amtsbezeichnung. Allerdings wird hiervon mittlerweile in den meisten Bundeslndern abgewichen und die Bezeichnung des untersten Amts der jeweiligen Laufbahngruppe (das sog. Eingangsamt) gefhrt. Ob das widerrechtliche Fhren des Assessorentitels eine Straftat nach 132a Strafgesetzbuch (StGB) darstellt, ist umstritten, da es sich bei dem Titel nicht um eine geschtzte Amts- oder Berufsbezeichnung oder einen Hochschulabschluss handelt. Assessor jur / juris Die Bezeichnung Rechtsassessor beziehungsweise Assessor des Rechts (Ass. jur. / iur.), umgangssprachlich auch Volljurist, darf von Personen gefhrt werden, die die jeweiligen landesrechtlichen Bestimmungen erfllen, also auch die Zweite juristische Prfung (zweites Staatsexamen) nach dem Referendariat erfolgreich abgelegt haben. Aus diesem Grund wird das zweite Examen auch als juristische Assessorprfung bezeichnet. Mit dem Bestehen der Assessorprfung geht fr Juristen die Befhigung zum Richteramt und die Befhigung zum hheren Verwaltungsdienst einher. Rechtsassessoren knnen daher unter anderem grundstzlich die folgenden Berufe ergreifen beziehungsweise in den folgenden Bereichen ttig werden (wobei freilich kein Anspruch auf eine Ausbung dieser Berufe besteht!): Richteramt; Staatsanwalt; Allgemeine Verwaltung; Innere Verwaltung; Rechtsanwalt; Syndikus; Notar. Befugnisse und Unterschied zwischen Assessor und Rechtsanwalt Whrend der Titel des Assessors des Rechts das Bestehen der Zweiten juristischen Prfung markiert (s.o.), ist er indessen nicht mit der Bezeichnung Rechtsanwalt (RA) zu verwechseln. Zwar ist die mit dem Assessorentitel einhergehende Befhigung zum Richteramt eine Voraussetzung, um den Beruf des Rechtsanwalts zu ergreifen. Doch darber hinaus mssen angehende Rechtsanwlte von der Rechtsanwaltskammer zugelassen werden. Die Zulassung erfordert den Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung fr Rechtsanwlte und den Nachweis ber Kanzleirumlichkeiten. Nach der Zulassung sind sie zur eigenstndigen bernahme von Mandaten und zur Vertretung ihrer Mandanten vor und auer Gericht befugt. Assessor des Lehramts Wer den Titel Lehramtsassessor (LAss.) oder Assessor des Lehramts (Ass. d. L.) fhren darf, richtet sich wiederum nach den gesetzlichen Vorschriften des jeweiligen Bundeslands. In aller Regel mssen auch Lehrer zur Fhrung des Titels einen zweijhrigen Vorbereitungsdienst (Lehramtsreferendariat) absolvieren und das Zweite Staatsexamen erfolgreich ablegen. Mit Letzterem geht die Befhigung zum hheren Schuldienst einher, das heit fr Ttigkeiten an Gymnasien und beruflichen Schulen. Whrend sich die Lehrer im Referendariat befinden, werden sie als Studienreferendare (StRef) bezeichnet. Die Bezeichnung Studienassessor (StudAss. oder StAss.) verweist wiederum auf ein Beamtenverhltnis auf Probe im ffentlichen Schuldienst. Allerdings wird der Titel Assessor auch hier zunehmend obsolet, da Lehrer im hheren Schuldienst mit einem Einstellungsdatum ab 2009 direkt als Studienrte eingestellt werden. Zuvor wurden sie erst nach einer drei- bis fnfjhrigen Probezeit als Studienrte bernommen, womit die Verbeamtung auf Lebenszeit einherging. Weitere Verwendung und Bedeutung Beispiele Der Assessorentitel findet darber hinaus in einer Reihe von weiteren Berufsfeldern Anwendung, darunter zum Beispiel: Regierungsassesssor (RegAss. oder RAss.): Beamte auf Probe im hheren allgemeinen Verwaltungsdienst des Bundes oder der Lnder (zunehmend obsolet, da der Regierungsrat den RegAss. als Einstiegsamt verdrngt); Verwaltungsassessor beziehungsweise Assessor des Verwaltungsdienstes (VerwAss.): Entweder handelt es sich hierbei um eine Person, die in der Verwaltung ttig ist, aber nicht direkt der staatlichen Verwaltung angehrt (etwa bei Krperschaften des ffentlichen Rechts) oder in einigen Bundeslndern ein spezifisches Verwaltungsreferendariat durchlaufen hat; Assessor des Archivdienstes beziehungsweise Archivassessor (AAss.): Personen, die die Archivarische Staatsprfung an der Archivschule Marburg abgelegt haben; Assessor des Baufachs (BAss., BauAss.; teilweise abweichende Bezeichnung in einzelnen Bundeslndern): Personen, die ber einen technischen Hochschulabschluss verfgen und zustzlich das 18- bis 24-monatige technische Referendariat absolviert haben, welches der Vorbereitungsdienst fr den hheren technischen Verwaltungsdienst ist. Notarassessor (NotAss.): Personen, die sich im Anwrterdienst auf das Amt eines hauptberuflichen Notars vorbereiten. Ruhendes Arbeitsverhltnis (Zerbor - Fotolia.com) Zwischen einem Arbeitgeber und einem Arbeitnehmer besteht laut Arbeitsvertrag eine wechselseitige Pflicht: der Arbeitnehmer hat eine Arbeitsleistung zu erbringen, welche wiederum vom Arbeitgeber mit einem vereinbarten Entgelt vergtet wird. Sofern jedoch die gegenseitige Leistung nicht gewnscht ist, besteht neben einem Aufhebungsvertrag und einer Kndigung die Mglichkeit, dass Arbeitsverhltnis ruhen zu lassen. Das bedeutet: beide Parteien setzen zeitweilig ihre obigen Pflichten aus. Im Arbeitsrecht kann eine Ruhen des Arbeitsverhltnisses weitreichende Folgen haben. So kann es z.B. Auswirkungen auf den Urlaubsanspruch des Arbeitnehmers haben. Nachfolgend zeigen wir die Grnde fr ein Ruhen des Arbeitsverhltnisses auf und was bei der Beendigung zu beachten ist: Grnde fr ein ruhendes Arbeitsverhltnis Von einem ruhenden Arbeitsverhltnis beziehungsweise einem Ruhen des Arbeitsverhltnisses wird immer dann gesprochen, wenn aus bestimmten Grnden beide Parteien eine zeitweilige Aussetzung ihrer gegenseitigen Pflichten vereinbaren oder diese Aussetzung von einer der Parteien angeordnet wird. Dabei ist zu beachten, dass zwar Pflichten wie Leistungserbringung sowie Leistungsbezahlung entfallen (sogenannte Hauptpflichten), andere Verpflichtungen wie etwa die Verschwiegenheitspflicht nach wie vor bestehen bleiben (Nebenpflichten). Auch Urlaubsansprche entfallen [LAG Dsseldorf, 19.01.2012, 15 Sa 380/11]. In Einzelfllen wie etwa bei langjhriger Betriebszugehrigkeit des Arbeitnehmers kann allerdings auch weiterhin die Verpflichtung zu Sonderzahlungen seitens des Arbeitgebers bestehen. Prinzipiell wird zwischen drei verschiedenen Grnden unterschieden, die zu einem ruhenden Arbeitsverhltnis fhren knnen: Suspendierung der einen Vertragspartei durch die andere; Vertragliche Abmachung zwischen den beiden Parteien; Gesetzliche Grnde. Tipp vom JuraForum-Rechtsanwalt: Die Suspendierung erfolgt im Gegensatz zum Ruhen des Arbeitsverhltnisses einseitig, wenn eine der beiden Vertragsparteien aus bestimmten Grnden nicht ihren Pflichten nachkommen kann. Eine Suspendierung seitens des Arbeitgebers kann beispielsweise erfolgen, wenn sich der Arbeitnehmer nicht vertrags- beziehungsweise unternehmenskonform verhalten hat [BAG, 15.06.1972, 2 AZR 345/71]. Der Verrat von Betriebsinterna ist ein Grund, die eine Suspendierung rechtfertigen. Eine Suspendierung seitens des Arbeitnehmers hingegen liegt beispielsweise dann vor, wenn er an einem Streik teilnimmt. Voraussetzung fr eine vertragliche Abmachung beider Parteien (Urlaubsjahr) fr ein ruhendes Arbeitsverhltnis ist der beiderseitige Wunsch nach Fortbestehen des Arbeitsverhltnisses. In diesem Zusammenhang wird auch von einem konkludenten Handeln gesprochen, welches nichts anderes besagt, als dass der Arbeitnehmer nicht zur Arbeit erscheint und der Arbeitgeber nicht zur Zahlung eines Entgeltes verpflichtet ist. Gesetzliche Grnde fr ein ruhendes Arbeitsverhltnis ist neben der Elternzeit gem BEEG die Ableistung des Wehr- beziehungsweise Zivildienstes des Arbeitnehmers. Sollte dies vertraglich vereinbart worden sein, kann sich ein ruhendes Arbeitsverhltnis auch aus einer befristeten Ttigkeit im Ausland oder einem Krankheitsfall ergeben. Beendigung eines ruhenden Arbeitsverhltnisses Wann ein ruhendes Arbeitsverhltnis beendet wird, ist abhngig von dem Grund, aus dem es vereinbart worden ist: Suspendierung Bei einer Suspendierung muss wiederum von demjenigen, der diese erklrt hat, eine erneute Erklrung abgegeben werden, in der er die Suspendierung seiner Hauptpflichten bekannt gibt. Ein Arbeitnehmer, der an einem Streik teilgenommen hat, kann beispielsweise sein Ausscheiden aus dem Streikgeschehen erklren. Vertraglich vereinbartes Ruhen Bestand das ruhende Arbeitsverhltnis aufgrund vertraglicher Vereinbarungen, so richtet sich dessen Beendigung immer nach dem hierfr zugrunde liegenden Vertrag. Kraft Gesetz ruhendes Arbeitsverhltnis Lag ein ruhendes Arbeitsverhltnis kraft Gesetzes vor, so ist dieses automatisch mit Beendigung der hierfr zugrunde liegenden Grnde wieder ein normales Arbeitsverhltnis. Wenn beispielsweise der Zivildienst eines Arbeitnehmers beendet ist, so ist damit auch der Grund fr das Ruhen des Arbeitsverhltnisses beendet. Urlaubsanspruch Bei arbeitsrechtlichen Fragen sollte ein Rechtsanwalt oder Fachanwalt fr Arbeitsrecht kontaktiert werden. Insbesondere ein ruhendes Arbeitsverhltnis kann weitreichende Folgen besitzen. So kann Urlaubsanspruch nach dem BUrlG untergehen, es zu einer Urlaubsabgeltung kommen und die Erwerbsminderungsrente unter Umstnden beeintrchtigt sein. Der Anwalt kennt zudem die gngige Rechtsprechung desBAG (Bundesarbeitsgericht)sowie die arbeitsrechtlichen Entscheidungen des EuGH. Meinungsfreiheit (Thomas Reimer - Fotolia.com) Die Meinungsfreiheit eigentlich Meinungsuerungsfreiheit oder auch Redefreiheit ist das subjektive Recht auf freie Rede sowie freie uerung der Meinung. Diese kann sowohl in Schrift, als auch in Wort, Bild oder anderen bertragungsmitteln erfolgen. Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu uern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugnglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewhrleistet. Eine Zensur findet nicht statt. Grenzen der Meinungsfreiheit Das Recht auf freie Meinungsuerung hat allerdings auch seine Grenzen. Diese Beschrnkungen sind zum Schutz des Staates oder anderer wichtiger Interessen gegeben. Beschrnkungen der Meinungsfreiheit sind beispielsweise der Schutz gegen Beleidigungen oder Verleumdungen der unlautere Wettbewerb durch ble Nachrede ber die Produkte eines Mitbewerbers die Grenze der ffentlichen Sicherheit die Grenzen der Sittlichkeit die Grenzen des Jugendschutzes die bermige Kritik an Staatsoberhuptern, Gerichten oder sonstigen Vertretern des Staates die Weitergabe geheimer Informationen Jedoch ist nicht jede Beleidigung beziehungsweise Verleumdung als eine solche anzusehen. So kann innerhalb einer Internetdiskussion ein Teilnehmer als rechtsradikal betitelt werden, ohne dass dies die Grenzen der Meinungsfreiheit berschreitet. Eine derartige uerung ist vielmehr als ein Werturteil anzusehen [BVerfG, 17.09.2012, 1 BvR 2979/10]. Auch beleidigende uerungen ber frhere Arbeitgeber, welche auf sozialen Netzwerken gemacht werden, sind von der Meinungsfreiheit gedeckt [ArbG Bochum, 09.02.2012, 3 Ca 1203/11]. Eine Titulierung einer Anwaltskanzlei als Winkeladvokatur hingegen verstt gegen das allgemeine Persnlichkeitsrecht und ist somit nicht durch die Meinungsfreiheit gedeckt [OLG Kln, 18.07.2012, 16 U 184/11]. Versammlungen unter einem rassistischen Motto hingegen berschreiten die Grenzen der Meinungsfreiheit und drfen somit untersagt werden [VerwG Neustadt, 26.03.2011, 5 L 266/11.NW]. Eine spezielle Position nehmen hingegen uerungen wie Soldaten sind Mrder ein: solange sie sich auf Soldaten im Allgemeinen beziehen, unterliegen sie dem Recht auf Meinungsfreiheit. Das Gericht behlt sich allerdings vor, anders zu urteilen, sollten derartige Bemerkungen per individuelle Soldaten fallen [BVerfG, 10.10.1995, 1 BvR 1476/91; 1 BvR 1980/91; 1 BvR 102/92 und 1 BvR 221/92]. Meinungsfreiheit international Auch international findet die Meinungsfreiheit ihre gesetzlichen Grundlagen. So regelt Art. 19 der allgemeinen Erklrung der Menschenrechte diese auf er Ebene der Vereinen Nationen: Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsuerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhngen und Informationen und Ideen mit allen Verstndigungsmitteln ohne Rcksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten. Auch Art. 10 der Europischen Menschenrechtskonvention sowie Art. 11 der Charta der Grundrechte regelt die Meinungsfreiheit. Korruption: Wann ist man korrupt? (sabthai / Fotolia.com) Durch Korruption werden jhrlich Schden in Millionenhhe in Deutschland hervorgerufen. Dabei sind Korruptionsdelikte in allen Bereichen zu beobachten. Vor allem die ffentliche Verwaltung ist stark von Bestechungen und Bestechlichkeiten, aber auch von Schmiergeldern und Vorteilsgewhrungen betroffen. Korruption leitet sich vom lateinischen Wort corruptio ab und bedeutet Verdorbenheit oder auch Bestechlichkeit. In der Rechtswissenschaft steht Korruption fr den Missbrauch einer Funktionsstellung im politischen, privaten, juristischen, wirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Bereich, aber auch bei Organisationen und sonstigen nichtwirtschaftlichen Vereinigungen. Ziel der Korruption ist es, sich einen materiellen oder nicht materiellen Vorteil zu verschaffen, auf dem im Regelfall kein Anspruch besteht. Korruption kann mitunter erfolgen durch:* Bargeld (69,8 %) Reisen (0,9 %) Sachleistungen (6,5 %) Teilnahme an Veranstaltungen (2,0 %) Restaurantbesuche und Feiern (1,6 %) Arbeits- und Dienstleistungen (2,1 %) Sontige monetre Vorteile (6,8 %) Sonstiges und nicht Bekanntes (10,4 %) * Die Zahl in der Klammer verweist auf die polizeilichen, registrierten Korruptionsflle aus dem Jahr 2017 gem dem Bundeslagebild 2017. In Korruptionsdelikten sind in der Regel zwei bis drei Akteure mit eingebunden. Diese wren: der Bestechende (Geber) der Bestochene (Nehmer) und gegebenenfalls der Auftraggeber des Bestochenen Dabei kann Korruption in aktiver und in passiver Form vorliegen. Die aktive Form umfasst mitunter das in Aussichtstellen und Fordern eines Vorteils, die Vorteilsgewhrung (333 StGB), Schmiergeldzahlungen und Bestechung (334 StGB). Die passive Korruption hingegen umfasst vor allem Bestechlichkeit (332 StGB) und die Vorteilsannahme (331 StGB). Weitere strafrechtliche Korruptionsdelikte knnen sein: Beispiele Korruption kann polizeilich in situativen und strukturellen Korruptionsdelikten unterschieden werden. Eine situative Korruption bezeichnet eine Tatbestandsverwirklichung, der keiner geplanten Handlung zugrunde liegt und als spontane Reaktion auf eine Situation folgt. Beispiel: Ein Pkw-Fahrer wird wegen erhhter Geschwindigkeit von der Polizei angehalten. Damit er keinen Strafzettel bekommt, bietet er den Polizisten Geld an. Bei einer strukturellen Korruption hingegen erfolgt die Korruptionshandlung geplant. Dabei kann eine lngerfristige Planung bewusst vorgenommen werden. Im Gegensatz zur situativen Korruption erfolgt die strukturelle Korruption damit nicht spontan. Beispiel: Ein Mitarbeiter eines groen Unternehmens im ffentlichen Dienst beschenkt in regelmigen Abstnden seinen Teamleiter, damit er bei der nchsten Hhergruppierung in eine hhere Entgeltgruppe eingestuft wird. JuraForum-Anwalts-Tipp: Gerade im Arbeitsleben kommt es immer wieder zu Bestechungsfllen. Ein hufiger Fall stellt die Bestechung des Chefs mit Bargeld, Geschenken oder sexueller Hingabe dar. Im Gegenzug erhlt der Bestechende eine hherrangige Position. Wenn auch Sie direkt oder indirekt von Korruption betroffen sind, so knnen Sie sich an einen Anwalt fr Strafrecht wenden. Korruptionsdelikte bei der Polizei / Justiz Im Bereich der Justiz und der Polizei kommt es gelegentlich in Deutschland zu Korruptionsdelikten. Diese fhren einerseits zu erheblichen finanziellen Schden und andererseits zum Vertrauensverlust der Bevlkerung in die Staats- und Sicherheitsorgane. Besonders knnen Korruptionsflle jedoch im subsaharischen Afrika beobachtet werden. In Kenia beispielsweise liegt die Vertrauensquote in die Polizei im sehr niedrigen Bereich. Grund dafr sind die weitverbreiteten Schmiergeldzahlungen an Polizisten, damit diese Straftaten nicht verfolgen oder vertuschen. Korrupte Politiker / Abgeordnete Auch die Politik ist von Korruptionsdelikten berschattet. Dabei liegen hufig Whlerbestechung und Abgeordnetenbestechung vor. Jngst wurden bei den Wahlen in der Trkei und den USA Korruptionsvorwrfe laut. Sollte ein Korruptionsdelikt in Deutschland vorliegen, so kann im Rahmen der Abgeordnetenbestechung das aktive und passive Wahlrecht aberkannt werden. Korruption im Gesundheitswesen Korruption im Gesundheitswesen kann zu einem erschwerten Zugang zu Therapieformen und sonstigen medizinischen Leistungen, zu erhhten Preisen sowie zur Etablierung von medizinisch weniger optimalen Medikamenten fhren. Zudem kam es in der Vergangenheit hufig zu einer korrupten Zusammenarbeit zwischen rzten und Pharmakonzernen aber auch zwischen rzten und Apothekern. Erst im Jahr 2017 gab es in Niedersachsen einen greren Fall von Rezeptzuweisen zwischen einem Apotheker und mehreren rzten. Weitere Flle von Korruption im Gesundheitswesen stellen Sanittshuser dar, die an Gewinnen beteiligt werden sowie die Bevorzugung von Laboren. Aber auch die Bestechung von Pflegepersonal und Krankenhusern mit Trinkgeldern ist unter den Korruptionsdelikten zu finden. Hufig werden medizinische Einrichtungen von Patienten mit Trinkgeldern bestochen, um schnell einen Termin zu bekommen. Korruption in Deutschland In Deutschland obliegt die Korruptionsbekmpfung bei den jeweiligen Bundeslndern. Dabei sank gem dem Bundeslagebild 2017 die Anzahl der Straftaten im Zusammenhang mit Korruption im Jahr 2017 gegenber dem Vorjahr um 25 Prozent auf 4.895 Straftaten. Hingegen dessen stieg die Anzahl der Tatverdchtigen um 15 Prozent auf 2.939 Personen. Dabei gab es 1.514 Geber und 1.425 Nehmer, wobei 73 Prozent der Nehmer Amtstrger waren. Insgesamt ist ein Korruptionsschaden in Hhe von 291 Millionen Euro (+ 137 % gegenber dem Vorjahr) entstanden. Bevorzugter Zielbereich stellte dabei die ffentliche Verwaltung dar. Auch ein Museum ist eine ffentliche Einrichtung. (Lucky Dragon - Fotolia.com) Als ffentliche Einrichtungen werden Einrichtungen bezeichnet, die der Allgemeinheit zur Benutzung offenstehen und von einem ffentlichen Trger, insbesondere von Gemeinden oder Kommunen, errichtet und unterhalten werden. Auch Anstalten, Leistungsvorrichtungen oder wirtschaftliche Unternehmen einer Gemeinde zhlen zu den ffentlichen Einrichtungen. Sie dienen in der Regel der Daseinsvorsorge und erfllen gemeindliche Aufgaben im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung gem Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG. Beispiele hierfr sind: Altenheime Bibliotheken Friedhfe Museen Schulen Schwimmbder Sportpltze Stadthallen Theater Ein ausschlielich privates Unternehmen kann ebenfalls Trger einer ffentlichen Einrichtung sein, wenn ihm durch ffentlich-rechtlichen Vertrag oder Beleihung eine Aufgabe der Daseinsvorsorge oder -vorsorge bertragen worden ist. Das bekannteste Beispiel hierfr sind private Abfallentsorgungsunternehmen, welche von den jeweiligen Gemeinden mit der Entsorgung des Hausmlls betraut werden. In diesen Fllen bleibt die Einrichtung ffentlich, obwohl der Betreiber privatrechtlich organisiert ist. Die rechtliche Grundlage bildet dann in der Regel ein ffentlich-rechtlicher Entsorgungsvertrag oder eine kommunale Satzung mit hoheitlichen Befugnissen. Die Einwohner der betreffenden Gemeinden sind grundstzlich zur Nutzung der ffentlichen Einrichtungen berechtigt; dies gilt auch dann, wenn die Einrichtung im Einzelfall privatrechtlich betrieben oder ein privatrechtliches Nutzungsverhltnis begrndet wird (z.B. bei Eintrittsgeldern in Museen). Zu beachten ist allerdings, dass den Einwohnern kein einklagbarer Rechtsanspruch auf die Schaffung, den Fortbestand oder die bestimmte Ausgestaltung ffentlicher Einrichtungen zusteht. Der Gemeinde obliegt in diesem Rahmen ein weites Ermessen. Gleichwohl ist sie zur Gleichbehandlung verpflichtet und darf insbesondere niemanden willkrlich von der Nutzung ausschlieen (Art. 3 Abs. 1 GG). ffentliche Einrichtungen, die nicht zu den sogenannten Pflichtaufgaben der Kommune gehren etwa Sporthallen, Veranstaltungsrume oder Musikschulen , drfen durch kommunale Entscheidung geschlossen werden, wenn es die finanzielle Lage oder eine vernderte Bedarfslage erfordert. Einrichtungen hingegen, die Pflichtaufgaben betreffen, wie z.B. Schulen, Feuerwehren oder Friedhfe, mssen dauerhaft vorgehalten werden. In vielen Fllen ergibt sich die Pflicht aus spezialgesetzlichen Regelungen wie Schulgesetzen oder dem Bestattungsgesetz des jeweiligen Bundeslandes. Ein Mitspracherecht bezglich der ffentlichen Einrichtungen in ihrer Gemeinde ist den Brgern dennoch gegeben: Brgerbegehren oder Brgerentscheide ber die Errichtung, die Erweiterung oder die Schlieung einer ffentlichen Einrichtung sind gem den kommunalrechtlichen Vorschriften der Lnder zulssig und stellen eine wichtige Form direkter Demokratie auf kommunaler Ebene dar [OVerwG Rheinland-Pfalz, 07.02.2007, 2 B 10031/07.OVG]. Merkmale einer ffentlichen Einrichtung Damit eine Einrichtung rechtlich als ffentliche Einrichtung im Sinne des Kommunalrechts anerkannt wird, mssen folgende Merkmale erfllt sein: Die Gemeinde oder ein anderer Trger der ffentlichen Hand besitzt die Sachherrschaft ber die betreffende Einrichtung (also Eigentum oder Verfgungsgewalt). Es besteht eine tatschliche Mglichkeit der Benutzung fr die Allgemeinheit oder fr eine bestimmte Bevlkerungsgruppe. Die Einrichtung dient dem ffentlichen Zweck und ist auf Dauer angelegt. Die Zugnglichkeit darf nur nach generellen, sachlichen Kriterien geregelt sein (z.B. Nutzungsbedingungen, ffnungszeiten, Hausordnungen) willkrlicher Ausschluss ist unzulssig. Benutzungsbedingungen ffentlicher Einrichtungen Fr die Benutzung ihrer ffentlichen Einrichtungen knnen Gemeinden formelle Benutzungsordnungen oder Benutzungssatzungen erlassen. Diese regeln unter anderem: ffnungszeiten Zulassungsvoraussetzungen Gebhren oder Entgelte Verhaltensregeln Haftungsausschlsse Die Regelung durch Satzung sttzt sich dabei auf die allgemeine Satzungshoheit der Kommunen (Art. 28 Abs. 2 GG i.V.m. den Kommunalverfassungen der Lnder). Es ist aber auch mglich, dass sich Nutzungsbedingungen aus allgemeinem Recht ergeben, etwa dem Straen- und Wegerecht oder dem Polizeirecht. Grundstzlich haben auch alle im Gemeindegebiet vertretenen Parteien ein Recht auf Nutzung ffentlicher Einrichtungen fr politische Veranstaltungen (Art. 21 GG). Dieses Recht ergibt sich aus dem Grundsatz der Chancengleichheit der Parteien und darf nur bei konkreten, nachvollziehbaren Risiken verweigert werden etwa, wenn durch die Veranstaltung eine erhebliche Beschdigung der Einrichtung zu erwarten ist oder eine Strung des Betriebs vorliegt [VerwG Berlin, 10.11.2006, 2 A 165.06]. Des Weiteren liegt es im Ermessen der jeweiligen Gemeinde, inwieweit sie auch auswrtigen Nutzern oder Personen auerhalb der Gemeindegrenzen die Nutzung ffentlicher Einrichtungen gestattet. Hufig ist dies durch erhhte Gebhren fr Nicht-Einwohner geregelt (z.B. bei Schwimmbdern oder Musikschulen). Ermessensfehler bei Verkehrskontrolle. (Gina Sanders - Fotolia.com) In verschiedenen Rechtsbereichen insbesondere im Verwaltungsrecht werden dem Entscheidungstrger gewissen Freiheiten bei seiner Entscheidungsfindung eingerumt. Diese werden als Ermessen bezeichnet. Definiert wird Ermessen als die gesetzlich angeordnete Entscheidungsfreiheit der Verwaltung, die unterteilt wird in das Entschlieungsermessen sowie das Auswahlermessen. Whrend sich das Entschlieungsermessen mit der Frage beschftigt, ob eine Handlung vorgenommen werden kann, geht es bei dem Auswahlermessen darum, wie besagte Handlung vorgenommen wird. Gesetzliche Grundlagen findet das Ermessen im 40 VwVfG: Ist die Behrde ermchtigt, nach ihrem Ermessen zu handeln, hat sie ihr Ermessen entsprechend dem Zweck der Ermchtigung auszuben und die gesetzlichen Grenzen des Ermessens einzuhalten., sowie im 114 VwGO: Soweit die Verwaltungsbehrde ermchtigt ist, nach ihrem Ermessen zu handeln, prft das Gericht auch, ob der Verwaltungsakt oder die Ablehnung oder Unterlassung des Verwaltungsakts rechtswidrig ist, weil die gesetzlichen Grenzen des Ermessens berschritten sind oder von dem Ermessen in einer dem Zweck der Ermchtigung nicht entsprechenden Weise Gebrauch gemacht ist. Die Verwaltungsbehrde kann ihre Ermessenserwgungen hinsichtlich des Verwaltungsaktes auch noch im verwaltungsgerichtlichen Verfahren ergnzen. Ermessensfehler ben die staatlichen Organe das Ermessen aus, kann es dabei zu Fehlern kommen. Dabei wird unterschieden zwischen Ermessensausfall Ermessensberschreitung Ermessensmissbrauch Von einem Ermessensausfall (auch als Ermessensunterschreitung oder Ermessensnichtgebrauch bezeichnet) wird gesprochen, wenn die zustndige Behrde nicht erkannt hat, dass sie ein Ermessen besitzt und dieses somit nicht ausbt. Ein Ermessensmissbrauch beziehungsweise Ermessensfehlgebrauch liegt vor, wenn die Behrde zwar Entscheidungen trifft, diesen aber gesetzeswidrige Erwgungen zugrunde liegen. Der Ermessensmissbrauch wird unterteilt in verschiedene Unterflle: Zweck- oder sachfremde Erwgung, welche beispielsweise der Fall ist, wenn die Behrde ihre Entscheidung aus persnlichen Grnden trifft. Ermessensfehlgewichtung, die vorliegt, wenn die Bedeutung der betroffenen ffentlichen und privaten Belange der ermittelten Tatsachen verkannt wird. Diese Verkennung kann dadurch auftreten, dass die Bedeutung berschtzt, unterschtzt oder erst gar nicht erkannt wird. Ermessensdisproportionalitt, die vorliegt, wenn die Gewichtung der ffentlichen und privaten Belange zwar erkannt wird, diese aber in einem fehlerhaften Rangverhltnis zueinander gesetzt werden. Auch ein Versto gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz wird als Ermessensmissbrauch gewertet. Dieser liegt beispielsweise dann vor, wenn eine Stadt, in der viele Schwarzbauten vorhanden sind, sich gezielt einige heraussucht und gegen diese vorgeht. Eine derartige Entscheidung, welche nicht als planvoll anzusehen ist, ist ermessensfehlerhaft [VerwG Wiesbaden, 18.04.2007, 3 E 650/06(V). Eine Ermessensberschreitung ist gegeben, wenn die Behrde bei der Ausbung des Ermessens den gesetzlichen Rahmen berschreiten. Dies kann zum einen der Fall sein, wenn die Behrde von einem Ermessensspielraum ausgeht, der gar nicht vorhanden ist. Zum anderen liegt eine Ermessensberschreitung vor, wenn die Behrde eine Manahme whlt, die nicht mehr von der zugrunde liegenden Norm gedeckt wird. so ist beispielsweise eine extrem hohe Gebhr, welche fr eine Akteneinsicht verlangt wird, ermessensfehlerhaft [VerwG Koblenz, 04.11.2008, 1 K 921/08.KO]. Folgen der Ermessensfehler Liegt ein Ermessensfehler vor, ist die betreffende Entscheidung der Behrde als rechtswidrig anzusehen. Dementsprechend kann gegen diese Entscheidung mit den entsprechenden Rechtsmitteln (Widerspruch, Klage) vorgegangen werden. Dabei ist es unerheblich, ob die Entscheidung als ein begnstigender oder ein belastender Verwaltungsakt erlassen worden ist: die Rechtswidrigkeit ist auf jeden Fall gegeben. Arglistige Tuschung im Strafrecht (Marco2811 - Fotolia.com) Unter einer arglistigen Tuschung wird eine vorstzliche Irrefhrung verstanden, die durch bewusste Falschangabe oder dem Verschweigen wahrer Tatsachen aufrechterhalten wird, obwohl Aufklrungspflicht besteht. Derjenige, der getuscht wurde, kann die Willenserklrung, zu der er durch die arglistige Tuschung bestimmt wurde, innerhalb einer bestimmten Frist anfechten (Anfechtung). Eine arglistige Tuschung meint das vorstzliche Hervorrufen oder auch Bestrken einer falschen Vorstellung einer anderen Person mit dem Bewutsein, dass diese Tuschung/Irrtum fr die Willenserklrung der anderen Person bestimmend ist. Wer also mithilfe falscher Tatsachen versucht, eine Person zur Abgabe einer Willenserklrung zu bewegen, der handelt im Sinne einer arglistigen Tuschung. Arglistige Tuschung beim Kaufvertrag / Autokauf Vor allem im Rahmen von Kaufvertrgen, speziell beim Autokauf, kommt es hin und wieder zu Fllen von arglistiger Tuschung. Der Klassiker hierbei ist, dass das Opfer nach dem Kauf eines Fahrzeugs irgendwann in der Folgezeit von Mngeln am Auto erfhrt, die seiner Ansicht nach ihm gegenber vom Verkufer bewusst verschwiegen wurden. Am hufigsten handelt es sich um falsche Angaben des Verkufers ber den Zustand des Kfz (z.B. Unfall wird gerne mal verschwiegen) falsche Angaben des Verkufers ber den tatschlichen Kilometerstand. JuraForum.de-Tipp: Wenn der Autokufer tatschlich ber den Zustand eines Pkw vom Verkufer getuscht wurde, kann der Kufer den Autokauf anfechten, und zwar auch dann wenn ein Ausschluss der Gewhrleistungsrechte vereinbart wurde. Nachfolgend ein Beispiel, wonach der Verkufer eines Hauses auf die Fertigbauweise hinzuweisen hat. Diese Verpflichtung fr Fertighausverkufer ergibt sich aus dem Urteil des OLG-Celle vom 10.05.2007, Az. 8 U 11/07. Darin heit es: 1. Der Verkufer eines Hausgrundstcks ist grundstzlich verpflichtet, bei Vertragsschluss ungefragt darauf hinzuweisen, dass das Haus in Fertigbauweise und nicht massiv errichtet wurde, wenn dieser Punkt bei Vertragsverhandlungen keine Rolle spielte. 2. Der Verkufer handelt ferner zumindest nicht arglistig, wenn er bei einem im Jahr 1980 errichteten Einfamilienhaus, bei dem damals zulssigerweise im Auenbereich und nicht frei liegend Zement-Asbest-Platten verwendet wurden, hierauf bei einem Vertragsschluss 2005 nicht hinweist, wenn das Haus im Wesentlichen nicht von ihm selbst, sondern von einem Bauunternehmen errichtet wurde und es in der Nutzungszeit des Verkufers zu keinen Problemen mit den Baustoffen kam. Anfechtung wegen arglistiger Tuschung Ist man Opfer einer arglistigen Tuschung geworden, hat man das Recht die Willenserklrung anzufechten, sogenannte Anfechtung. So besagt 123 Abs. 1 BGB: Wer zur Abgabe einer Willenserklrung durch arglistige Tuschung oder widerrechtlich durch Drohung bestimmt worden ist, kann die Erklrung anfechten. Anfechtungsfristen und Rechtsfolgen Liegt arglistige Tuschung vor, so knnen Willenserklrungen ab dem Zeitpunkt der Offenkundigkeit innerhalb einer Jahresfrist angefochten werden. Entsprechende Regelungen finden sich in 123 BGB, 124 BGB, 143 BGB. Dies hat zur Folge, dass die Willenserklrung schon von Beginn an als nichtig zu erachten ist und somit die erbrachten Leistungen der Vertragspartner zurckzugewhren sind (142 BGB). Verschweigt ein Verkufer durch arglistige Tuschung einen Mangel an einer Sache, so ist der Kufer berechtigt, Gewhrleistungsansprche an den Verkufer zu stellen. Entsprechende Regelungen finden sich in 437 BGB. Im Falle einer Vertragsanfechtung wird der Vertrag allerdings komplett aufgelst. Dementsprechend gehen bei einer Vertragsanfechtung auch alle Gewhrleistungsansprche verloren. JuraForum.de-Tipp: Folge einer Anfechtung ist somit, dass das Rechtsgeschft als von Anfang an nichtig anzusehen ist, siehe 142 Abs. 1 BGB. Derjenige, der das Rechtsgeschft anficht und vorher was bezahlt hat, hat sein bereits gezahltes Geld zurckzuerhalten. Durch die arglistige Tuschung knnen vor allem die Straftatbestnde wie Betrug nach 263 StGB oder auch Computerbetrug nach 263a StGB erfllt sein. In diesem Fall muss die arglistige Tuschung bei der Polizei angezeigt werden, damit der Tter ein entsprechendes Strafverfahren erhlt. Wenn die arglistige Tuschung z.B. den Straftatbestand eines Betrugs nach 263 StGB erfllt, muss der Tter mit einer Geldstrafe oder gar einer Freiheitsstrafe von bis zu 5 Jahren rechnen. Die zu erwartende Strafe hngt vom Einzelfall und seinen Umstnden ab. Als Ersttter kann man in der Regel mit einer Geldstrafe rechnen, vor allem wenn man gestndig ist. Verjhrung Hat jemand eine arglistige Tuschung begangen und man will denjenigen wegen Betrug nach 263 StGB anzeigen, hat man auch die strafrechtlichen Verjhrungsfristen zu beachten. Diese richten sich nach 78 StGB. In diesem Fall wrde die Verjhrungsfrist nach 78 Abs. 3 Nr. 4 StGB 5 Jahre betragen. Zivilrechtlich gesehen betrgt die Anfechtungsfrist 1 Jahr nach Kenntniserlangung. Die Anfechtung ist maximal 30 Jahre lang nach Vertragsabschluss mglich. Arglistige Tuschung - Schema Anfechtung wegen arglistiger Tuschung 123 BGB als Schema: Voraussetzungen beim "Tter" - falsche Behauptung tatschlicher Art, - Verschweigen einer wahren Tatsache trotz Aufklrungspflicht oder - Unterdrcken / Entstellen einer wahren Tatsache. Tuschender muss Kenntnis aller Umstnde und Tuschungsvorsatz haben Voraussetzungen beim Geschdigten Erfolg der Tuschung (Die Tuschung muss also bei Getuschten zu einem Irrtum fhren. Es ist dabei unerheblich, ob der Irrtum htte vermieden werden knnen). Kausalitt des Irrtums (Die Kausalitt ist gegeben, wenn die Willenserklrung ohne den Irrtum unterblieben oder einen anderen Inhalt gehabt htte). Anfechtung wegen arglistiger Tuschung Man hat die Anfechtung gegenber dem Vertragspartner zu erklren; sptestens 1 Jahr nach Kenntniserlangung. Anfechtung maximal 30 Jahre nach Vertragsabschluss mglich. Rechtsfolgen Nichtigkeit des Vertrages (ex tunc; also rckwirkend, "von Anfang an") ggf. Schadensersatz an den Getuschten nach 823, 826 BGB. Dem Geschdigten werden alle Kosten aus dem Vertrag ersetzt. Er ist so zu stellen, als ob der Vertrag nie existieren wrde. Ggf. muss eine Nutzungsgebhr fr die Dauer des Vertrages abgezogen werden von der Schadensersatzforderung. FAQ zur arglisten Tuschung Was ist Arglistige Tuschung? Arglistige Tuschung ist eine Form der Tuschung, bei der eine Person eine andere Person bewusst und absichtlich tuscht, um einen Vorteil zu erlangen oder einen Schaden zu verursachen. Eine arglistige Tuschung kann beispielsweise durch falsche Angaben oder das Verschweigen wichtiger Informationen erfolgen. Was sind die Voraussetzungen fr eine arglistige Tuschung? Um eine arglistige Tuschung zu begrnden, mssen folgende Voraussetzungen erfllt sein: Die Tuschung muss vorstzlich und arglistig erfolgen. Die Tuschung muss kausal fr den Schaden des Getuschten sein. Der Getuschte muss einen Irrtum ber eine tatschliche Eigenschaft des Geschftsgegenstands haben. Der Irrtum muss urschlich fr den Vertragsabschluss oder eine andere Willenserklrung des Getuschten sein. Welche rechtlichen Folgen hat eine arglistige Tuschung? Im Strafrecht ist eine arglistige Tuschung eine Straftat, die mit Freiheitsstrafe oder Geldstrafe geahndet werden kann. Im Zivilrecht kann eine arglistige Tuschung zur Anfechtung des Vertrags oder zur Schadensersatzpflicht fhren. Was sind Beispiele fr eine arglistige Tuschung? Ein Autoverkufer verschweigt absichtlich, dass das Auto einen Unfall hatte, um einen hheren Verkaufspreis zu erzielen. Ein Vermieter gibt falsche Informationen ber die Mietwohnung, um den Mieter dazu zu bringen, den Mietvertrag abzuschlieen. Ein Unternehmer gibt vor, dass sein Unternehmen erfolgreich ist, obwohl er wei, dass es kurz vor der Insolvenz steht, um Investoren anzulocken. Ein Arzt verschweigt bewusst wichtige Informationen ber einen Patienten, um eine unntige Operation durchzufhren und hhere Einnahmen zu erzielen. Es ist wichtig zu beachten, dass eine arglistige Tuschung nicht nur im Geschftsleben, sondern auch im persnlichen Bereich vorkommen kann. Wenn eine Person eine andere Person absichtlich tuscht, um einen Vorteil zu erlangen oder einen Schaden zu verursachen, kann dies als arglistige Tuschung angesehen werden. Materielles Recht als Gesamtheit der materiellen Gesetze (Vege - Fotolia.com)Materielles Recht bezeichnet die Gesamtheit der Rechtsnormen, die den Inhalt und die Voraussetzungen von Rechtsverhltnissen regeln, sowie die Gesamtheit der materiellen Gesetze. Im Gegensatz dazu steht das formelle Recht, das der Durchsetzung des materiellen Rechts dient. Materielles Recht ist ein zentraler Begriff im juristischen Kontext. Es umfasst alle Rechtsnormen, die sich mit dem Inhalt und den Voraussetzungen von Rechtsverhltnissen beschftigen. Dabei werden die Rechte und Pflichten der beteiligten Personen sowie deren Entstehung, Vernderung und Beendigung geregelt. Das materielle Recht bildet somit die Grundlage fr die Durchsetzung von Rechtsansprchen. Im Gegensatz dazu steht das formelle Recht, das die Regeln fr das Verfahren und die Durchsetzung des materiellen Rechts enthlt. Es stellt sicher, dass die rechtlichen Ansprche und Verpflichtungen gem dem materiellen Recht effektiv durchgesetzt werden knnen. Unterschied formelles und materielles Recht am Beispiel Um den Unterschied zwischen formellem und materiellem Recht zu verdeutlichen, betrachten wir ein konkretes Beispiel aus dem deutschen Rechtssystem. Das Brgerliche Gesetzbuch (BGB) enthlt einen wesentlichen Teil des materiellen brgerlichen Rechts. In 433 BGB werden beispielsweise die Rechte und Pflichten aus einem Kaufvertrag geregelt, wie zum Beispiel die Pflicht zur Kaufpreiszahlung. Dieser Teil des BGB beschftigt sich mit dem materiellen Inhalt des Rechtsverhltnisses. Auf der anderen Seite haben wir die Zivilprozessordnung (ZPO), die das formelle Recht darstellt. Die ZPO regelt das Verfahrensrecht und stellt sicher, dass das materielle Recht effektiv durchgesetzt werden kann. Sie enthlt beispielsweise Bestimmungen darber, wie der Verkufer eine Klage gegen den Kufer erheben kann, wenn dieser seiner Kaufpreiszahlungspflicht nicht nachkommt. Hierbei handelt es sich um die gerichtliche Durchsetzung des Kaufpreisanspruchs mittels einer Leistungsklage. Das formelle Recht legt somit die Regeln fest, wie das materielle Recht vor Gericht durchgesetzt werden kann. Materielles Recht als Gesamtheit der materiellen Gesetze Materielles Recht umfasst nicht nur die Rechtsnormen, sondern auch die Gesamtheit der materiellen Gesetze. Diese Gesetze knnen entweder von der Exekutive erlassen und allgemeinverbindlich sein, wie beispielsweise Rechtsverordnungen oder Satzungen, oder von der Judikative erlassen und allgemeinverbindlich sein, was als formell-materielle Gesetze bezeichnet wird. Dem gegenber stehen die formellen Gesetze, die von der Judikative erlassen wurden, jedoch keine Allgemeinverbindlichkeit haben. Diese Gesetze regeln spezifische Verfahrensfragen oder organisatorische Aspekte innerhalb des Rechtssystems. Im deutschen Rechtssystem gibt es zahlreiche Beispiele fr materielle, formell-materielle und formelle Gesetze: Materielles Recht: Brgerliches Gesetzbuch (BGB): Regelt das allgemeine Zivilrecht Handelsgesetzbuch (HGB): Enthlt Bestimmungen fr das Handelsrecht Baugesetzbuch (BauGB): Beschftigt sich mit dem Baurecht Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG): Regelt den Schutz vor schdlichen Umwelteinwirkungen Strafgesetzbuch (StGB): Stellt strafrechtliche Normen auf Formelles Recht: Zivilprozessordnung (ZPO): Regelt das Verfahrensrecht in Zivilprozessen Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO): Enthlt Regelungen fr das Verfahren vor den Verwaltungsgerichten Strafprozessordnung (StPO): Stellt das Verfahrensrecht in Strafverfahren auf Finanzgerichtsordnung (FGO): Beschftigt sich mit dem Verfahrensrecht vor den Finanzgerichten Sozialgerichtsgesetz (SGG): Regelt das Verfahrensrecht in sozialgerichtlichen Verfahren Es ist von groer Bedeutung, den Unterschied zwischen materiellem und formellem Recht zu verstehen, insbesondere wenn man sich in einer rechtlichen Auseinandersetzung befindet oder rechtliche Fragen hat. Das Wissen um das materielle Recht ermglicht es einer Person, ihre Rechte und Pflichten in einem Rechtsverhltnis zu verstehen. Gleichzeitig ist das Verstndnis fr das formelle Recht unerlsslich, um diese Rechte effektiv vor Gericht durchsetzen zu knnen. Verwaltungsakt (zerbor / fotolia.com) Im Verwaltungsrecht versteht man unter einem Verwaltungsakt eine behrdliche Verfgung, die ein Tun, Dulden oder Unterlassen anordnet (z.B. ein polizeilicher Platzverweis oder ein behrdlicher Baubescheid). Der Verwaltungsakt ist im 35 S. 1 VwVfG legaldefiniert, d.h. die Definition erfolgt in gesetzlicher Form. Es gibt jedoch verschiedene Formen von Verwaltungsakten, die sich entweder nach Merkmalen wie deren Regelungsgehalt oder nach deren Rechtswirkung fr den Brgen unterscheiden lassen. Verschiedene Arten von Verwaltungsakten - nach Unterscheidungsmerkmalen sortiert - sind: Unterscheidung nach dem Regelungsgehalt - befehlende Verwaltungsakte, die Ge- oder Verbote aufstellen, den Adressen also verpflichten - gestaltende Verwaltungsakte, die ein bestimmtes Rechtsverhltnis begrnden, ndern oder beseitigen - feststellende Verwaltungsakte, die eine Rechtslage konkretisieren Unterscheidung nach der Rechtswirkung fr den Brger Man unterscheidet Verwaltungsakte auch nach der Rechtswirkung fr den einzelnen Brger in: begnstigende Verwaltungsakte, die rechtsgestaltender oder feststellender Natur sein knnen (Legaldefinition in 48 I 2 VwVfG) belastende Verwaltungsakte, die den Adressaten durch Ge- und Verbote oder bei Nichtgewhrung einer Leistung beschweren Vorbescheid Ein sog. Vorbescheid betrifft hingegen nur einzelne Vorfragen und trifft daher nur in diesem Rahmen eine abschlieende und verbindliche Regelung, hat also Verwaltungsaktsqualitt. Vorlufiger Verwaltungsakt Ein sog. vorlufiger Verwaltungsakt basiert auf Richterrecht und wird insbesondere dann in Betracht gezogen, wenn (begnstigende) Leistungen schnell erbracht werden mssen, um ihren Zweck erfllen zu knnen. Ein solcher Verwaltungsakt ist hingegen dann regelmig unzulssig, wenn der Inhalt belastender Natur ist. Verwaltungsakt nach 35 S. 1 VwVfG - Voraussetzungen hoheitliche Manahme Eine hoheitliche Manahme ist jedes zweckgerichtete (Verwaltungs-)Handeln mit Erklrungsgehalt. Hierbei muss eine Abgrenzung zwischen ffentlichem Recht und Privatrecht vorgenommen werden: Die streitentscheidende Norm muss ffentlich-rechtlicher Natur sein, d.h. einen Hoheitstrger als Berechtigten oder als Verpflichtenden benennen (sog. modifizierte Subjektstheorie / Zuordnungstheorie / Sonderrechtstheorie). Sollte keine Rechtsnorm existieren, die den Streit einem Rechtsgebiet zuordnen knnte, so ist die sog. Vermutungsregel heranzuziehen. Danach hat ein Hoheitstrger dann ffentlich-rechtlich gehandelt, wenn nicht der Wille hervortritt, dass man sich des Privatrechts bedienen wollte. einer Behrde i.S.d. 1 IV VwVfG i.V.m. dem entsprechenden Landesgesetz Eine Behrde knnen nach der Legaldefinition also auch Beliehene sein (also bspw. TV, Notare hinsichtlich ffentlicher Beurkundungen etc.), nicht aber Krperschaften, denn diese haben Behrden. auf dem Gebiet des ffentlichen Rechts Es muss grundstzlich eine (Ermchtigungs-)Grundlage auf dem Gebiet des ffentlichen Rechts vorhanden sein. Eine eindeutige hoheitliche Handlungsform gengt jedoch. zur Regelung Die Manahme muss auf das Setzen einer einseitig verbindlichen Rechtsfolge gerichtet sein. Der Betroffene wird demnach zu einem Tun, Dulden oder Unterlassen verpflichtet. Abgrenzung zu einem schlichten Verwaltungshandeln (sog. Realakt) einer den Verwaltungsakt vorbereitenden oder untersttzenden Manahmen Teilakten und Manahmen, die keine Rechtsfolge anordnen eines Einzelfalls Die Manahme muss sich an einen bestimmten Adressaten in einer konkreten Situation richten. Nur ausnahmsweise sind auch abstrakte Situationen umfasst, wenn der Adressat individuell bestimmbar ist. Problematisch sind jedoch hufig die sog. Allgemeinverfgungen nach 35 S. 2 VwVfG: Var. 1: adressatenbezogene Allgemeinverfgung; Adressatenkreis ist bestimmt oder bestimmbar Var. 2: sachbezogene Allgemeinverfgung; betrifft die ffentlich-rechtliche Eigenschaft einer Sache Var. 3: benutzungsregelnde Allgemeinverfgung; regelt die Benutzung einer Sache durch die Allgemeinheit Nach der herrschenden Meinung gehren Straenschilder zur Variante 3, da in ihnen ein Ersatz fr entsprechende Verkehrsregelungen durch Ordnungskrfte angesehen werden. Tipp vom Anwalt: Ebenso problematisch ist hufig ein Versammlungsverbot. Dabei handelt es sich nmlich regelmig um keine Allgemeinverfgung, da sich das Verbot nicht gegen die Versammlung an sich richtet, sondern (nur) gegen die Person, die die Versammlung / Demonstration veranstalten will. Eine konkrete Manahme vor Ort, insbesondere die Aufforderung nach 15 II VersG, die Versammlung / Demonstration aufzulsen, richtet sich gegen die Teilnehmer und ist damit eine Allgemeinverfgung. mit Auenwirkung Die Regelung muss dazu bestimmt sein, unmittelbar auf Rechte einer auerhalb der handelnden Verwaltung stehenden Person einzuwirken. Problematisch sind dabei die sog. Anordnungen, die eine eigene Sachregelung enthalten (sog. Nebenbestimmungen i.S.d. 36 VwVfG i.V.m. dem entsprechenden Landesrecht). Diese Anordnungen tangieren den Hauptverwaltungsakt inhaltlich nmlich nicht. Davon zu unterscheiden sind die sog. Inhaltsbestimmungen, die wiederum den Regelungsgehalt des Hauptverwaltungsakts festlegen, seinen Inhalt beschreiben und aufzeigen, wie weit die jeweilige Rechtsfolge reicht. Bekanntgabe nach 41, 43 VwVfG Unter einer Bekanntgabe versteht man die Erffnung (physische Mitteilung) des Inhalts eines Verwaltungsaktes mit Wissen und Wollen der zustndigen Behrde nach den dafr vorgesehenen Rechtsvorschriften Hierbei gilt zu beachten, dass die Bekanntmachung von Verkehrsschildern grundstzlich durch deren Aufstellen am Straenrand erfolgt. Rechtsfolgen bei fehlender oder fehlerhafter Bekanntgabe Wird ein Verwaltungsakt physisch nicht bekannt gegeben, so ist er unwirksam, bzw. es liegt erst gar kein Verwaltungsakt vor. Verstt die Behrde hingegen bei der Bekanntgabe gegen Vorschriften, die speziell die Bekanntgabe regeln, so ist der Verwaltungsakt gem. 43 III VwVfG nur dann unwirksam, wenn der Versto einen Nichtigkeitsgrund nach 44 VwVfG darstellt. Sollte der Versto keinen Nichtigkeitsgrund darstellen, so ist er grds. der Heilung zugnglich (z.B. nach 8 VwVfG) oder unbeachtlich (46 VwVfG). Zurcknahme und Widerruf nach 48, 49 VwVfG Nach 48 VwVfG kann ein rechtswidriger Verwaltungsakt zurckgenommen werden. Ein Widerruf ist nach 49 VwVfG jedoch nur bei rechtmigen Verwaltungsakten unter den dort vorgeschriebenen Voraussetzungen mglich. FAQ zum Thema Verwaltungsakt Was ist ein Verwaltungsakt? Ein Verwaltungsakt ist eine behrdliche Manahme, die eine Regelung mit Auenwirkung enthlt und auf ein konkretes individuelles Rechtsverhltnis zielt. Verwaltungsakte werden von Behrden erlassen und knnen sowohl begnstigende als auch belastende Regelungen enthalten. Der Verwaltungsakt ist in 35 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) definiert. Wie kommt ein Verwaltungsakt zustande? Ein Verwaltungsakt kommt durch einen Verwaltungsakterlass zustande. Die Behrde erlsst den Verwaltungsakt durch einen schriftlichen Bescheid oder durch einen mndlichen Bescheid, der zu Protokoll genommen wird. Ein Verwaltungsakt kann auch durch konkludentes Handeln einer Behrde, z.B. durch Nichthandeln oder Duldung, zustande kommen. Die Voraussetzungen fr einen wirksamen Verwaltungsakt sind in 37 VwVfG geregelt. Was muss ein Verwaltungsakt enthalten? Ein Verwaltungsakt muss den Sachverhalt, auf den er sich bezieht, sowie die rechtliche Grundlage, auf die er gesttzt wird, ausreichend erkennen lassen. Darber hinaus muss der Verwaltungsakt eine Begrndung enthalten, in der die wesentlichen tatschlichen und rechtlichen Grnde dargelegt werden, die fr die Entscheidung mageblich waren. Diese Anforderungen ergeben sich aus 39 VwVfG. Was kann ich tun, wenn ich mit einem Verwaltungsakt nicht einverstanden bin? Wenn Sie mit einem Verwaltungsakt nicht einverstanden sind, knnen Sie Widerspruch gegen den Verwaltungsakt einlegen. Der Widerspruch muss innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Verwaltungsakts eingelegt werden. Der Widerspruch hat aufschiebende Wirkung, das bedeutet, dass der Verwaltungsakt nicht vollstreckt werden kann, solange ber den Widerspruch nicht entschieden wurde. Die Rechtsgrundlagen hierfr sind in 68 ff. VwGO und 80 VwGO zu finden. Was passiert, wenn ich keinen Widerspruch gegen einen Verwaltungsakt einlege? Wenn Sie keinen Widerspruch gegen einen Verwaltungsakt einlegen, wird dieser rechtskrftig und vollstreckbar. Das bedeutet, dass die Behrde den Verwaltungsakt durchsetzen kann. Sie sollten daher einen Verwaltungsakt sorgfltig prfen und gegebenenfalls rechtzeitig Widerspruch einlegen. Was ist der Unterschied zwischen einem Verwaltungsakt und einem Verwaltungsvertrag? Ein Verwaltungsakt und ein Verwaltungsvertrag sind zwei unterschiedliche Rechtsinstitute. Der Verwaltungsakt ist eine einseitige behrdliche Manahme, whrend der Verwaltungsvertrag eine gegenseitige Vereinbarung zwischen Behrde und Privatperson oder Unternehmen ist. Im Gegensatz zum Verwaltungsakt entsteht der Verwaltungsvertrag durch eine Einigung zwischen Behrde und Vertragspartner. Ein typisches Beispiel fr einen Verwaltungsvertrag ist ein Mietvertrag fr Rumlichkeiten in einem staatlichen Gebude. Whrend ein Verwaltungsakt in der Regel begnstigende oder belastende Regelungen enthlt, hat der Verwaltungsvertrag vor allem zum Ziel, ffentliche Aufgaben zu erfllen und Interessen auszugleichen. Die Rechtsgrundlagen fr den Verwaltungsvertrag sind in den 54 ff. des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) zu finden.

What are smes in uganda. Examples of smes in uganda. Sme definition in uganda. Smes in uganda pdf.

- blood on the river jamestown 1607 pdf
- http://laserinnsbruck.com/static/komusurovisinin-rofavime.pdf
- http://savemaxint.com/files/file/guzudi.pdf
- http://automag.pl/userfiles/file/pasosabekodapa.pdf
- what is alpina oil
- http://stallion-international.com/userfiles/file/be6439b0-490c-4441-8f79-e1a0a1ae3711.pdf